

PROTOKOLL Sitzung des Amtsausschusses Löcknitz-Penkun

Sitzungstermin: Donnerstag, 29.09.2022
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 21:50 Uhr
Ort, Raum: Gemeindezentrum Bergholz

Anwesende:

Herr Stefan Müller
Herr Detlef Ebert
Herr Reinhart Retzlaff
Herr Bernd Dassow
Herr Enrico Harms
Frau Heide Lore Hobom
Herr Ulrich Kersten
Herr Sven Reinke
Herr Gunnar Mißling
Herr Mirko Ehmke
Herr Steffen Tuleya
Herr Rainer Schulze
Herr Reimund Sommer
Herr Gerd Sauder
Frau Dorina Voß
Herr Frank Radant
Frau Antje Zibell

Gäste:

Herr Miraß (Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern und das östliche Mecklenburg)
Herr Mack (Schiedsperson des Amtes Löcknitz-Penkun)
Frau Timm (Leiterin Haupt- und Ordnungsamt)
Frau Melech (stellv. Kämmerin)
Herr Stahl (Bauamtsleiter)
Herr Futh (leitender Verwaltungsbeamter)

Abwesende:

keine

Schriftführung:

Frau Franziska Bose

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Feststellen der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Protokollkontrolle und Bekanntgabe der nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vom 29.06.2022
- 4 Vorstellung der Schiedsperson des Amtes Löcknitz-Penkun
- 5 Bürgerfragerunde mit dem Parlamentarischen Staatssekretär für Vorpommern und das östliche Mecklenburg, Herrn Heiko Miraß
- 6 Informationen

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung, Feststellen der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Müller begrüßt alle Anwesenden, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 17 anwesenden Mitgliedern fest.

Außerdem begrüßt er Herrn Miraß (Parlamentarischen Staatssekretär für Vorpommern und das östliche Mecklenburg) sowie Herrn Mack (Schiedsperson des Amtes).

zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungsanträge.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 17 Nein: 0 Enthaltungen: 0

zu 3 Protokollkontrolle und Bekanntgabe der nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vom 29.06.2022

Zum Protokoll vom 29.06.2022 gibt es keine Änderungen oder Ergänzungen.

Herr Müller gibt die nicht öffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

- BV/01-2022-321 Auftragsvergabe zum Leasing eines neuen Dienstfahrzeuges einstimmig beschlossen
- BV/01-2022-322 Auftragsvergabe zur Beschaffung neuer Server einstimmig beschlossen

- BV/01-2022-323 Auftragsvergabe zur Umverlegung/Herstellung des Regenwasseranschlusses Amtsgebäude Löcknitz
keine Beschlussfassung
- BV/01-2022-313 Auswertung der Planstudie zur Erweiterung des Amtsgebäudes in Löcknitz und Zielvorgabe zur zukünftigen baulichen Entwicklung des Amtes
mehrheitlich beschlossen

Das Protokoll vom 29.06.2022 wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

Ja: 16 Nein: 0 Enthaltungen: 1

zu 4 Vorstellung der Schiedsperson des Amtes Löcknitz-Penkun

Herr Mack stellt sich und seine Arbeit als Schiedsperson vor und teilt Folgendes mit:

- seine Aufgabe ist es, den Frieden unter den Bürgern zu halten und Streit zu schlichten
- bei einem schiedsgerichtlichen Verfahren handelt es sich um den formellen Teil
 - wenn anschließend eine Einigung erfolgt, ist die Vollstreckbarkeit gegeben
- die meiste Zeit seiner Arbeit investiert er in den informellen Bereich
- zur besseren Erläuterung nennt er Beispiele seiner Arbeit

Zu seiner Unterstützung hofft er, dass demnächst auch eine weitere Schiedsperson gefunden werden kann.

Frau Voß möchte von Herrn Mack wissen, wie viele Fälle er derzeit bearbeitet.

- ➔ Aktuell kümmert er sich um drei bis vier Fälle. Dabei handelt es sich nicht um eine Vollzeitstätigkeit. Zu seinen Aufgaben zählt u. a. auch das Überbringen von Ladungen.

Der Amtsvorsteher bedankt sich für die Ausführungen.

zu 5 Bürgerfragerunde mit dem Parlamentarischen Staatssekretär für Vorpommern und das östliche Mecklenburg, Herr Heiko Miraß

Herr Miraß stellt sich vor und erläutert seinen Werdegang.

Anschließend beantwortet er die vorab übermittelten Fragen:

- 1.** Wie hilft das Land MV bei der Finanzierung der Regionalschule Löcknitz, wenn die Kosten wesentlich überschritten werden?

Antwort Herr Miraß:

Die erste Kalkulation für den Bau der Regionalschule ergab eine Summe in Höhe von 11,5 Mio. Euro. Mit einer erneuten Kalkulation aktualisierte sich die Bausumme auf 14,5 Mio. Euro. Zur finanziellen Unterstützung wird der Gemeinde eine Sonderbedarfszuweisung in Höhe von 1,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Das Innenministerium hat auf Nachfrage mitgeteilt, dass keine weitere Sonderbedarfszuweisung in diesem Jahr möglich ist. Sollten die Kosten für den Bau noch teurer werden, muss man in gemeinsamen Gesprächen eine Lösung finden.

- 2.** Ab 2025 gibt es in MV das Recht auf einen Hortplatz. In Löcknitz gibt es jetzt schon Wartelisten für Hortplätze. Auch die baulichen Anlagen sind heute schon nicht ausreichend dafür. Wie sieht es mit der finanziellen und investiven Unterstützung durch das Land MV aus?

Antwort Herr Miraß:

Es gibt eine Hort-Invest-Förderrichtlinie, die im 4. Quartal 2022 eine Neuauflage erhält. Hier kann somit eine Förderung beantragt werden.

- 3.** Wieso sind die Kommunen, die sich am dichtesten an der Großstadt Stettin befinden, nicht in der „Metropolregion Stettin“ vertreten? Der Sitz der „Metropolregion Stettin“ in Anklam ist nicht ideal gewählt. Dieser gehört näher zur Grenze nach Polen.

Antwort Herr Miraß:

Anklam wurde als Standort gewählt, weil sich die Stadt im östlichen Teil des Landes befindet.

Herr Müller verweist darauf, dass eine Zusammenarbeit mit der Pomerania (auch in Bezug auf den Standort) in Betracht gezogen werden könnte.

- 4.** Wieso ist das Land MV nicht verpflichtet, an den Landesstraßen straßenbegleitende Radwege zu errichten? Dies betrifft bei uns besonders die L283.

Antwort Herr Miraß:

Wie dem Straßen- und Wegegesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (StrWG - MV) zu entnehmen ist, gibt es keine gesetzliche Verpflichtung für die Existenz von Radwegen. Dennoch wird der Radwegebau mit weiteren 5 Mio. Euro gefördert. Zum Ausbau des Radwegnetzes hat man ein Priorisierungskonzept erstellt, wofür Herr Miraß zusagt, die Straße L 283 vorzuschlagen.

Herr Ebert erklärt daraufhin, dass die Gemeinden bisher immer die Antwort erhalten haben, dass an Landesstraßen keine Radwege gebaut werden.

Auch Frau Zibell weist noch einmal darauf hin, dass die Kommunikation (Absprache) mit den verantwortlichen Behörden sehr schwierig ist.

Herr Stahl ergänzt, dass der Radweg teilweise gebaut, aber nie vervollständigt wurde.

Herr Miraß verweist daher auf klärende Gespräche, da er davon ausgeht, dass es sich um ein grundsätzliches Kommunikationsproblem handelt.

Dass man als Gemeinde ein Mitspracherecht hat, wäre sehr wichtig, meint Herr Schulze.

- 5.** Gibt es einen konkreten Plan zur Vorgehensweise (für die nächsten 5 bis 6 Jahre) bezüglich des FAG? Durch die Neubewertungen der Grundsteuern und den möglichen Beteiligungen der Kommunen (im Bereich der erneuerbaren Energien) sowie den steigenden Belastungen (im Bereich Energie und Soziales) stellt sich die Frage, ob es schon Ideen zur Umsetzung in der Gemeindefinanzierung gibt oder wird an der aktuellen Finanzierungsbasis festgehalten?

Antwort Herr Miraß:

Die nächste Evaluierung wird im Jahr 2024 durchgeführt.

Er erläutert die Grundsteuerreform und erklärt, dass die Grundsteuer bisher anhand eines Einheitswertes berechnet wurde, den man im Jahr 1935 festgelegt hat. Das Bundesverfassungsgericht hat nun ein Urteil gefällt und

festgestellt, dass die Bewertung aufgrund des Einheitswertes von 1935 rechtswidrig ist. Ab 2027 sind nun die neuen Werte wirksam.

Bezüglich des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wird darauf hingewiesen, dass Betreiber von Windenergie- oder Freiflächenanlagen die Möglichkeit haben, den betroffenen Gemeinden Beträge von insgesamt 0,2 Cent pro Kilowattstunde zu zahlen. Dies findet allerdings keine Berücksichtigung im kommunalen Finanzausgleich.

- Herr Futh möchte daraufhin wissen, ob es rechtswidrig wäre, wenn die Betreiber den Gemeinden einen höheren Betrag, wie z. B. 0,4 Cent, zahlen würden.
- Herr Miraß antwortet, dass es nach seinem Kenntnisstand nicht rechtswidrig ist.

- 6.** Wie wird mit den explosionsartigen Energiekosten umgegangen? Der Osten hängt an Schwedt. Wie gehen wir in MV damit um (Arbeitsplätze, zentraler Belieferungsort für den Ostteil MVs usw.)? Ist MV in der Planung mit einbezogen?

Antwort Herr Miraß:

Es wäre möglich, Schwedt über den Rostocker Hafen zu versorgen. Außerdem bieten die Leitungssysteme in Lubmin eine gute Möglichkeit zur Verteilung. Des Weiteren hat die Bundesregierung heute einen Energiepreisdeckel beschlossen.

Frau Zibell macht noch einmal deutlich, dass der Osten von Mecklenburg-Vorpommern im Ernstfall völlig abgeschnitten werden würde.

- 7.** Welche Fördermöglichkeiten gibt es für den Neubau eines Amtsgebäudes?

Antwort Herr Miraß:

In Form einer Sonderbedarfszuweisung gibt es die Möglichkeit einer Förderung.

Hinterfragt wird daraufhin, warum keine Aufstockung stattfindet.

- Herr Miraß erklärt, dass das Vorgehen mit den kommunalen Spitzenverbänden beschlossen wurde.

Weitere Fragen an Herrn Miraß:

Herr Müller spricht die Förderung „INTERREG VI A“ an, die von 85 % auf 80 % gesenkt wurde. Er erklärt, dass sich das Land Brandenburg hingegen für eine Aufstockung um 5 % entschieden hat. Er möchte von Herrn Miraß wissen, wie die Handhabung in Mecklenburg-Vorpommern geplant ist.

- Eine Aufstockung ist nicht geplant, da die Förderung in MV Maßnahmenbezogen ist.

Frau Hobom fragt, ob es die Möglichkeit zur Nutzung einer Förderung gibt, wenn man sich eine Elektroheizung einbaut. Für die Kommune wäre eine Nachtspeicherheizung vorteilhaft.

- Herr Miraß ist kein derartiges Förderprogramm bekannt. Falls es doch eine Fördermöglichkeit geben sollte, sagt er zu, darüber zu informieren.

Außerdem hinterfragt sie die Koordinierung des Winterdienstes für die Gemeindestraßen. Sie erläutert die Problematik und erklärt, dass es mittlerweile kein Unternehmen mehr gibt, das die Arbeiten übernehmen würde.

- Herr Miraß erklärt, dass dies ein grundsätzliches Problem bei der Straßenunterhaltung ist.

Herr Tuleya macht darauf aufmerksam, dass auch die Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden erhöht werden müssen. Aufgrund der gestiegenen Kosten müsse man dies unbedingt berücksichtigen.

→ Es folgt eine kurze Diskussion ohne konkrete Antworten.

Auch die Grundsteuerreform wird noch einmal thematisiert. Bei den Bürgern ist die Bereitschaft zur Abgabe der geforderten Daten nicht gegeben, da dem Finanzamt normalerweise alle nötigen Angaben bekannt sind.

→ Herr Miraß meint, dass man sich anhand von Infoveranstaltungen und Videos informieren kann.

→ Frau Hobom erklärt, dass in Brandenburg an vielen Orten Infoveranstaltungen stattgefunden haben. In unserer Region wurde hingegen nur eine Veranstaltung in Greifswald angeboten.

→ Herr Miraß sagt zu, Frau Zöllner (Finanzamt Greifswald) darüber in Kenntnis zu setzen, dass Bedarf für weitere Infoveranstaltungen besteht.

Herr Miraß und Herr Mack verlassen die Sitzung um 20:33 Uhr.

zu 6 Informationen

Der Amtsvorsteher informiert über Folgendes:

- Ämterbereitung des Landrates am 15.08.2022
 - thematisiert wurden u. a. die Mangellage Energie und Gas, Radwege, der IL-SE-Bus, die Bäume an Straßen und denkmalgeschützte Gebäude
- Mangellage Energie und Gas
 - bei der Haushaltsplanung sind die gestiegenen Kosten zu beachten
 - in der Amtsverwaltung werden demnächst alle Mitarbeiter über die Energieeinsparverordnung informiert
- Anpassung der Wohngeldreform
- Erstattung der Kosten zur Bundes- und Landtagswahl im Jahr 2021
 - die Kosten wurden dem Amt nun vollständig erstatten
- am 30.09.2022 findet die Auszeichnungsveranstaltung der Freiwilligen Feuerwehren des Amtes statt
- am 08.12.2022 wird erneut der bundesweite Warntag durchgeführt
- Herr Hackbarth (Ordnungsamtsleiter des Landkreises VG) geht zum Ende des Jahres 2022 in den Ruhestand

Frau Melech macht folgende Ausführungen zum Orientierungsdatenerlass 2023:

- der Erlass wird in der nächsten Woche an jeden Bürgermeister übermittelt
- der Risikozuschlag zum Kassenkredit ist zu beachten
- das Amt erhält demnächst eine einmalige Zuweisung für ukrainische Kriegsflüchtlinge (186 € pro Person) → insgesamt 33.000 € für den Amtsbereich Löcknitz-Perlekeun

Frau Franziska Bose
Schriftführung

Herr Stefan Müller
Vorsitz